

Weiter geht's ...

Puh! Eine ganze Menge Arbeit liegt hinter uns ...

Die Personalratswahlen sind Geschichte und die Tarifverhandlungen haben für die Beschäftigten nun endlich erste Früchte getragen. Auch für die Beamtinnen und Beamten hat die Übernahme des Tarifergebnisses für ein wenig mehr Kleingeld in den Geldbeuteln gesorgt. Deshalb muss man aber nicht gleich in Euphorie verfallen und vor Dankbarkeit vor unserer Staatsregierung auf die Knie fallen! Denn immerhin heißt es ja im § 14 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes:

„Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse ... durch Gesetz regelmäßig angepasst.“

Und wie sich diese wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse momentan in Deutschland wie auch in Sachsen entwickeln, können wir allzu deutlich täglich in den Medien verfolgen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns jetzt (auch wenn die Jahreszeit dazu einlädt), in den Liegestuhl knutschen und die Beine ausstrecken können.

Im Gegenteil: Es liegt noch viel mehr Arbeit vor uns!

Wir fordern beispielsweise Verhandlungen zur Wiedereinführung einer akzeptablen Altersteilzeitregelung. Es ist schon ein UNDING wie UNLAND mit uns UMGEGHT. Die erste Aufforderung der aktivsten DGB-Gewerkschaften (darunter natürlich wir als GdP) wurde stillschweigend ignoriert. Dabei saß unser Finanzminister mit am Verhandlungstisch, als die Möglichkeit landeseigener Altersteilzeitregelungen in einer Öffnungsklausel festgelegt wurde. Sollte dies nur eine leere Worthülse gewesen sein, um die Beschäftigten zu beruhigen?

Wir fordern aber auch ernst gemeinte Verhandlungen zur bevorstehenden Dienstrechtsreform. Denn was bisher geschehen ist, kann nicht als Verhandlung bezeichnet werden. Laut Wikipedia wird als Verhandlung die Herbeiführung eines Interessensausgleichs zwischen mindestens zwei Verhandlungspartnern verstanden. Bisher hat man aber das Gefühl, dass in den bisher stattgefundenen „Informationsveranstaltungen“ nur die Interessen eines Verhandlungspartners (Preisfrage: Wessen?) Berücksichtigung gefunden haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass unsere

Stellungnahme zur Anhebung der Altersgrenzen kommentarlos nur als Anhängsel zum Gesetzentwurf Platz gefunden hat. Nicht ein einziger Vorschlag wurde bisher ernsthaft geprüft.

Vielleicht hat man diese Hinweise auch nur nicht verstanden?

Doch wir werden die Flinte nicht ins Korn werfen!

Wir fordern, dass in den Zeiten des unbegreiflichen Personalabbaus in der Polizei des Freistaates (2020, 2022, 2025?) die Altersgrenzen nicht gegen den Willen unserer Kolleginnen und Kollegen angehoben werden. Diese angestrebte Regelung widerspricht gerade in der heutigen Zeit jeglicher Logik und sie müsste sogar von jedem einzelnen Mitglied des Parlaments in Frage gestellt werden.

Wir fordern, dass die jetzige Altersgrenze weiterhin auch ohne Abzüge eine Alternative bleibt und die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung der Dienstzeit aufgenommen wird.



Wir fordern, dass vor allem der Wechsel- schichtdienst und alle anderen unregelmäßigen Dienste bei der Festlegung der Altersgrenzen mehr Berücksichtigung finden müssen.

Diese Forderungen sind den Mitgliedern der Landesregierung bestens bekannt, sie wurden sogar teilweise mit einem Kopfnicken entgegengenommen. Doch die Umsetzung in die Tat zeigte uns ein wiederholtes Mal, dass das gesprochene Wort doch nicht immer als bare Münze verstanden werden kann. Wenn ein Polizeibeamter so arbeiten würde, wäre das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Polizei unheilbar gebrochen.

Wäre Ignoranz und Selbstherrlichkeit ein Grund zum Feiern, so wäre manchmal der Landtag der Ballermann Sachsens¹.

Schon deswegen heißt es, dass wir bei der Gestaltung unseres eigenen Rechts wachsam sein müssen.

Die Entscheidungen, welche von einzelnen Politikern wider besseren Wissens getroffen werden, dürfen uns nicht zur Aufgabe bringen. Sie werden uns enger zusammenschweißen und in unserem Kampf bestärken. Wir werden in Zukunft wissen, was wir tun müssen!

Das wird sich darin zeigen, dass wir hinsichtlich der Neuregelungen der Grundbesoldung und der darauf aufbauenden einzelnen Besoldungsbestandteile wie beispielsweise Erschwerniszulagen, Zuschläge oder Sonderzahlung weiterhin nicht unseren Mund halten werden.

Die Dienstrechtsreform als größte Reform seit Einführung des Beamtenverhältnisses in Sachsen ist uns einfach zu wichtig, als dass sie einzelnen Personen überlassen werden kann, die auch darin nur Sparkapital und Profilierung sehen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir in den kommenden Wochen und Monaten aktiv werden. Und das nicht nur auf dem Papier! Jeder muss begreifen, dass wir gerade in der jetzigen Phase eine ganze Menge verspielen können, wenn wir die Chance des Aufgehens nicht nutzen. Jedes Mitglied unserer Gewerkschaft der Polizei sollte sich schon einmal seelisch und moralisch darauf vorbereiten, dass wir alle legalen Mittel nutzen werden, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Dass wir Erfolg haben können, zeigt nicht zuletzt die oben angesprochene Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten. Dies ist nicht unbedingt selbstverständlich in anderen Bundesländern. Und keiner sollte denken, dass dies hier in Sachsen ein Selbstläufer und ein innigstes Bedürfnis unserer Staatsregierung war. Unsere verschiedensten Aktionen in der Vergangenheit hatten einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran.

Und genau so werden wir weiter agieren. Die richtungsweisenden Jahre 2011 und 2012 werden wir in unserem Interesse mitgestalten. Wir müssen den Optimismus aufbringen und an uns glauben.

Ich bin mir ganz sicher, dass wir so in der nächsten Zeit Erfolge erzielen werden, auch wenn diese von dem einen oder anderen als Selbstverständlichkeit angesehen werden.

Ich zähle auf Euch!

Euer Hagen Husgen

¹ frei nach Kalkofe

ZITAT DES MONATS

Mit dem Geist ist es wie mit dem Magen: Man sollte ihm nur Nahrung zumuten, die er verdauen kann.

Sir Winston Churchill
britischer Politiker und Schriftsteller
(1874–1965)

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe Juli 2011, war der 3. Juni 2011, für die Ausgabe August 2011 ist es der 8. Juli 2011 und für die Ausgabe September 2011 ist es der 5. August 2011.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (03 52 04) 6 87 11
Telefax: (03 52 04) 6 87 50
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (03 52 04) 6 87 14
Telefax: (03 52 04) 6 87 18
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 55
Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-38 88
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

TARIF

Welche Rechte und Pflichten hat ein Tarifbeschäftigter?

Schon in der frühen Arbeiterbewegung waren das allgemeine Wahlrecht, die Freiheit der Vereinsbildung und Versammlung, die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht grundsätzliche Forderungen. Bezogen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen lautete eine frühe Forderung der Arbeiterbewegung: „Einen fairen Lohn für faire Arbeit.“

Zur Erreichung des generellen Ziels eines menschenwürdigen Daseins wurden Mindestlöhne durch Tarifvertrag oder staatliche Regelung, der „Achtstundentag“, später die „Fünftagewoche“, Arbeitsschutz, der Kündigungsschutz und die Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit angestrebt. Diese sozialpolitischen Errungenschaften wurden durch Wahlrechtsbewegungen, langwierige Streiks und Kollektivverhandlungen sowie öffentlichkeitswirksame Kampagnen Stück für Stück erkämpft. Auch heute werden noch von den Erben der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften, Rechte für Arbeitnehmer, z. B. beim öffentlichen Dienst, eingefordert. Im Rahmen ihres Arbeitsvertrages ergeben sich für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst die gleichen Rechte und Pflichten wie in der Privatwirtschaft.

Als Hauptpflicht gilt die Arbeitspflicht, welche eine Reihe von Nebenpflichten nach sich zieht. Allgemein besteht beispielsweise die Verpflichtung, sich nach besten Kräften für die Interessen seines Arbeitgebers einzusetzen. Hinzu kommen Pflichten wie die Treuepflicht, Verschwiegenheitspflicht, pfleglicher Umgang mit Materialien und Werkzeugen, Pflicht zur Krankmeldung sowie die Gehorsamspflicht zur Gewährung der Sicherheit und Ordnung. Tarifbeschäftigte haben ihr Verhalten so auszurichten, wie es von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst erwartet wird. Des Weiteren wird verlangt, dass sie ihr Handeln am Allgemeinwohl ausrichten und ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht erfüllen. Darüber hinaus besteht eine politische Treuepflicht, indem sich der Tarifbeschäftigte durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennt.

Außer den Pflichten gibt es eine Reihe von Rechten für Tarifbeschäftigte. So besteht das Recht zum Erhalt von Einkommen bei erbrachter Leistung und das Recht auf Beschäftigung. Solange das Ar-

beitsverhältnis besteht, hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Beschäftigung. Er braucht es nicht hinnehmen, sein Geld fürs Nichtstun zu bekommen. Des Weiteren hat jeder das Recht auf freie Meinungsäußerung, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten (Grundgesetz Artikel 5).

Ziel des Rechts auf Gleichbehandlung ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz). Es besteht auch das Recht auf Urlaub und Elternzeit. Jeder Arbeitnehmer hat in jedem Kalenderjahr Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub. Der Urlaub beträgt grundsätzlich 24 Werktage jährlich. Durch Arbeitsvertrag, Dienstvereinbarung oder Tarifvertrag können mehr Urlaubstage vereinbart werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, haben grundsätzlich Anspruch auf Elternzeit, wenn sie mit ihrem leiblichen Kind oder einem Kind, welches die Voraussetzungen erfüllt, in einem Haushalt leben, es betreuen und erziehen (§15 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz).

Das Pausenrecht ist ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der Arbeitszeit, denn durch die Reduzierung dieser Pausenzeiten könnte die Nettoarbeitszeit eines Mitarbeiters deutlich erhöht werden oder aber schleichend und fast unbemerkt Mehrarbeit geleistet werden. Die Regelung von Pausenzeiten für Arbeitnehmer ist daher im Arbeitsrecht auch ganz klar geregelt.

Grundsätzlich hat jeder Mitarbeiter nach maximal 6 Stunden Arbeitszeit einen Anspruch auf eine 30 Minuten dauernde Pause. Nach 9 Stunden Arbeitszeit erhöht sich die Dauer der Pause auf 45 Minuten. Auch das Recht auf die Fürsorgepflicht durch den Arbeitgeber sowie vor allem das Recht zur Mitbestimmung sind wichtige Errungenschaften.

Nur durch starke Gewerkschaften und Personalvertretungen wird es auch in Zukunft möglich sein, die bestehenden Rechte zu verteidigen und andere, neue zu erkämpfen.

André Görner



KREISGRUPPE LEIPZIG

Markkleeberger Bürger protestieren gegen Stellenabbau und Revierschließungen

7. und 8. Mai 2011: Stadtfest in Markkleeberg – Traumwetter und Feierstimmung bei den Besuchern.

Bei diesem Stadtfest vertreten war auch ein Infostand der SPD des Landkreises Leipzig, der die Bürgerinnen und Bürger allerdings auf ein sehr ernstes Thema aufmerksam machte: den geplanten Stellenabbau und die zu erwartenden Revierschließungen in der sächsischen Polizei. Kompetente fachliche Unterstützung erbat sich die SPD durch die Gewerkschaft der Polizei. So unterstützte die Kreisgruppe Leipzig der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Arbeit an diesem Infostand.

Es war also nicht verwunderlich, dass vielen Besuchern des Stadtfestes die Festlaune verging, als sie sich mit der zukünftigen Sicherheitspolitik des Freistaats



Markkleeberger Bürger bei Eintragung in die Unterschriftenliste

tes Sachsen konfrontiert sahen. Folglich war es für viele hundert Bürger und Bürgerinnen selbstverständlich, sich in eine der Listen für Protestunterschriften einzutragen, die von der SPD ausgelegt wurden. Der Unmut der Bürger über die verfehlte Sicherheitspolitik in Sachsen wur-

de in vielen Gesprächen deutlich. Einige Besucher bedauerten, dass gerade keine Landtagswahlen anstehen. Das Wahlverhalten ist auch vom Sicherheitsgefühl der Bürger abhängig!

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Markkleeberger Sportvereine bat die Vertreter der GdP um ein weiteres vertiefendes Gespräch. Sein Anliegen ist es, dafür zu sorgen, dass tausende Kinder und Jugendliche den Weg zu den Sportstätten sicher zurücklegen können. Dieses Treffen wird in Kürze stattfinden.

Dass auch einige Politiker zum Nachdenken angeregt werden, zeigt sich daran, dass sich Wolfgang Tiefensee und Martin Dulig ebenfalls in die Unterschriftenlisten eintrugen.

Eckehard Goudschmidt

POLIZEI-NEWSLETTER

Arbeitsgemeinschaft Fananwälte



Im Mai 2011 wurde die „Arbeitsgemeinschaft“ Fananwälte gegründet. Die „Arbeitsgemeinschaft Fananwälte“ ist ein Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die regelmäßig Fußballfans vertreten. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die Vernetzung der „Fananwälte“. Durch intensiven Erfahrungsaustausch werden die Fans bestmöglich vertreten.

Die in der „Arbeitsgemeinschaft Fananwälte“ zusammengeschlossenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte kommen aus Berlin, Frankfurt, Karlsruhe, Köln, München, Nürnberg, Würzburg und Stuttgart – hierunter Spezialisten auf

dem Gebiet der Strafverteidigung, des Verwaltungsrechts sowie des Zivilrechts.

Die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Fananwälte“ nehmen die vielfältigen Problemstellungen, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen Fußballfans einerseits und Sicherheitsbehörden bzw. Ordnungsdiensten, Vereinen und Verbänden andererseits ergeben, aus zwei Perspektiven wahr: Zum einen sind sie selber langjährige und begeisterte Fußballanhängerinnen und -anhänger, die im Rahmen ihrer Stadionbesuche Zeuge der von den Fans beklagten Maßnahmen werden. Zum anderen vertreten sie als Rechtsanwälte Fußballfans in rechtlichen Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit der „Leidenschaft Fußball“ stehen:

Der Kampf um die Aufhebung eines Stadionverbotes, die Verteidigung von Fußballfans in anlassbezogenen Strafverfahren, die Abwehr oder Anfechtung eines Aufenthalts- bzw. Ausreiseverbots, der Antrag auf Löschung von erhobenen

personenbezogenen Daten des Fans – diese Problemfelder beschäftigen die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte jedenfalls in einem Teilbereich in ihrer täglichen Arbeit.

Um die hierbei gewonnenen Erfahrungen teilen zu können, finden regelmäßige Arbeitstreffen der Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Fananwälte“ statt. Gegenstand dieses Austauschs sind außerdem aktuelle Entwicklungen im Spannungsverhältnis „Fußballfans und Sicherheitsbehörden“ bzw. „Fußballfans und Vereine/Verbände.“

Die „Arbeitsgemeinschaft Fananwälte“ beteiligt sich an der öffentlichen Diskussion, um dem oft einseitigen Bild des Fans als Sicherheitsrisiko entgegenzuwirken.

Quelle und weitere Informationen finden sich auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft unter: www.fananwaelte.de. und Polizei-Newsletter Nr. 142, Juni 2011, www.polizei-newsletter.de

Matthias Büschel



„ANKOMMEN STATT UMKOMMEN“



Zur Motorradsternfahrt unter dem Motto „ANKOMMEN STATT UMKOMMEN“ zog es vom 16. bis 17. April 2011 wieder tausende Menschen nach Kulmbach in die „heimliche Hauptstadt der Biker“.

Viele Motorradbegeisterte und Ehrengäste aus der Politik machten das 11. Biker-Event rund um das Festgelände der Kulmbacher Brauerei zum Mittelpunkt der bayerischen Motorradwelt. Mehr als hundert Motorradfahrende Polizeibeamte aus dem In- und Ausland nahmen am mittlerweile mit circa 40.000 Bikern größten Motorradtreffen Süddeutschlands teil. Im Mittelpunkt standen Informationen und Demonstrationen zum Thema Verkehrssicherheit. Dabei engagieren sich alle Brauereien der Kulmbacher Gruppe bei der Kampagne „Bier bewusst genießen“, indem sie zum Verzicht von Alkohol im Straßenverkehr aufrufen nach dem Motto „Don't Drink and Drive“.



Damit übernehmen sie Verantwortung und unterstützen die Aufklärungsarbeit der bayerischen Polizei.

Der Einladung des Bayerischen Innenministeriums folgte aus der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge eine Delegation vertreten durch die Kollegen Mario Schaufel und Uwe Göhler von der Kradstaffel der Verkehrspolizeiinspektion.

Am Freitagnachmittag starteten wir von Brand-Erbisdorf aus mit unseren Dienstkrädern Richtung Kulmbach. Gegen 16.00 Uhr trafen wir in Kulmbach ein und bezogen zunächst unser Quartier. Am Abend fand die Eröffnungsveranstaltung in der Brauerei Kulmbach statt.

Zur Veranstaltung hatten sich ca.

100 Polizeikradfahrer aus 19 Delegationen aus dem In- und Ausland sowie Mitglieder des Polizeimotorradclubs

„Blue Knights“ aus ganz Europa eingefunden. Die Teilnehmer kamen unter anderem aus Russland, Belgien, Holland, Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Tschechien. Aus Deutschland waren die Bundesländer Bayern, Saarland, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Thüringen, Brandenburg, Sachsen und die Bundespolizei vertreten.

Am Samstagvormittag nahmen wir an der gemeinsamen Ausfahrt der Kollegen aus dem In- und Ausland in die Fränkische Schweiz teil. Im Anschluss an die Ausfahrt wurde ein Geschicklichkeitsparcour absolviert, bei dem es um die Beherrschung des eigenen Fahrzeuges ging. Weiterhin demonstrierte die DEKRA eindrucksvoll einen Zusammenstoß eines Motorrads mit einer landwirtschaftlichen Zugmaschine und führte so die schrecklichen Folgen eines solchen Unfalles vor Augen.

Der Höhepunkt am Samstagabend war der offizielle Empfang der Delegationen auf der Plassenburg durch Oberfrankens neuen Polizeipräsidenten Herrn Reinhard Kunkel, dem Oberbürgermeister der Stadt Kulmbach Herrn Henry Schram und dem Vorstandsmitglied der Kulmbacher Brauerei Herrn Mirko Stodden.

Am Sonntag versammelten sich rund 10.000 Biker in der Stadt Kulmbach und machten diese zu einem Biker-Eldorado.

Gegen 12.00 Uhr startet der

Motorradkors durch die Innenstadt von

Kulmbach. Angeführt wurde

dieser durch den Bayerischen

Innenminister

Herrn Joachim

Herrmann. Ihm

folgten die

Kradstaffeln der

einzelnen

Delegationen.

Tausende von

Zuschauern verfolgten dieses

Spektakel an der Strecke. Nach-

dem wir 2009 bereits schon einmal in Kulmbach waren, war es für uns wieder ein schönes Erlebnis und ein interessanter Erfahrungsaustausch mit anderen Kollegen.

Mario Schaufel



KREISGRUPPE SÜDWESTSACHSEN

Seniorengruppe „Vogtland“ in Leipzig

Am 24. Mai 2011 folgten 19 Mitglieder der Seniorengruppe „Vogtland“ der Kreisgruppe Südwestsachsen und ihre Ehefrauen der Einladung zu einem Besuch des ehemaligen Gasometers – jetzt „Panometer“ und zur Besichtigung des „Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)“ in Leipzig.

Im „Panometer“ befindet sich seit Monaten eine Ausstellung des Künstlers Yadegar Asisi, welche in einem anschaulichen Rundbild von mehr als 100 Meter Länge und rund 30 Metern Höhe den Regenwald Amazoniens zeigt und als Andenken an den Forscher und Zeichner Alexander von Humboldt dienen soll.

genjagd, so erstaunten uns die Details des Rundbildes und faszinierten uns alle.

Leider war wie sonst auch, die Zeit zu knapp, da noch ein weiterer Besichtigungspunkt auf dem Programm stand. Einig waren sich alle Teilnehmer darüber, dass dort eine hervorragende Ausstellung entstanden ist, zu deren Besichtigung man viel mehr Zeit zur Verfügung haben sollte. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, dass zurzeit im „Panometer“ in Dresden vom selben Künstler die Ausstellung „Dresden 1756“ gezeigt wird, welche ebenfalls zu empfehlen ist.

Der Wechsel zum in der Nähe befindlichen „Mitteldeutschen Rundfunk“ wur-

Vier“ lief. Wie es unser Führer erläuterte, findet zu jeder Sendung, die vom MDR produziert wird, ein Probelauf statt, wobei vor allem die Beleuchtungsverhältnisse und der Einsatz der Moderatoren bzw. Schauspieler geprobt werden. Die Proben für Kurzsendungen beginnen meistens bis zu drei Stunden vor dem eigentlichen Sendetermin, wobei beim MDR nicht nur Nachrichten sondern auch Magazin- und Sportsendungen produziert werden.

Es wurde uns dann gezeigt, wie die Moderatoren vor einer virtuellen Wand („Greenscreen“) stehen, ihre Texte über einen Teleprompter erhalten und wie die Wetterkarte dargestellt wird. Dabei werden die Hintergrundbilder kameratechnisch eingespielt. Auch hier wird ein besonderer Wert auf die Beleuchtung, die Kleidung der Moderatoren sowie deren Gesichtsmaske gelegt. Weiterhin bekamen wir einen Einblick in die Technik, die Materiallager sowie auch zur Örtlichkeit der Sendung „In aller Freundschaft“, der Krankenhauserie aus Leipzig.

Leider war es uns nicht vergönnt, den Aufnahmebereich betreten zu können, da gerade wieder produziert wurde. Wie bekannt ist, produziert der MDR auch viele Sendungen live aus Städten oder deren Veranstaltungshallen, wozu für die Produktion eine umfangreiche Technik vor Ort zur Verfügung stehen muss. Teilweise besteht auch Kooperation zu privaten Produktionsfirmen. Deren Hilfe wird gern in Anspruch genommen.

Wie im Fluge verging die Zeit und das Ende des Rundganges näherte sich. In einem Studio konnte sich jeder Teilnehmer des Ausfluges unter Nutzung von Hintergrundbildern als Mitglied des Teams der Krankenhauserie, als „Wetterfrosch“ oder als Gesprächspartner von Peter Escher fotografieren lassen, außerdem bestand die Möglichkeit, als Sprecher aufgenommen zu werden.

Nach mehr als zwei Stunden Rundgang, die Zeit war natürlich auch hier zu knapp, bedankte man sich bei den MDR-Führern für ihre Darstellungen und ihre Informationen. Anschließend wurde die Rückfahrt ins „Vogtland“ angetreten. Allseits zeigte sich Zufriedenheit über das Erlebte bei den Teilnehmern.

Einig war man sich darüber, dass man auf jeden Fall in diesem Jahr erneut eine Ausfahrt durchführen soll!

Johann Hager



Unsere Ausflügler vor dem „Panometer“ in Leipzig

Bei der Einführungserläuterung einer Angestellten der Ausstellung und dem Dokumentationsfilm stellte sich heraus, dass der Künstler über Jahre unter fachkundiger Leitung in Brasilien Fotografien sowie handgemalte Bilder des Regenwaldes erstellt hat, die letztlich mit moderner Technik zu einem Rundbild in Stoff verarbeitet wurden. Infodetails in Bild und Text im Eingangsbereich vermitteln manche noch nicht bekannte Information, noch beeindruckender war dann die Ausstellung selbst. Infolge des künstlich hergestellten Tag- und Nachtrhythmus mit Gewitter, Regen und Sonne sowie Originalgeräuschen des Waldes und seiner Bewohner gab es immer wieder „Neues“ in dem Rundbild zu entdecken. War es hier eine Schlange, dort ein Schmetterling oder ein Indio bei der Bo-

de schnell vollzogen, da dort auf uns ein gemeinsames Mittagessen wartete.

Nach der Mittagspause wurden wir in zwei Gruppen aufgeteilt und die Besichtigung begann. Bereits die Einführung zeigte auf, dass der MDR mit etwa 2.000 Beschäftigten in den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen noch nicht die größte Rundfunk- und Fernsehanstalt ist. Allerdings gehört man bei den Produktionen mit zu den „Besten“. Vom Ausblick des 13-stöckigen Verwaltungs- und Anstaltsgebäudes über Leipzig und das Sendegelände (ehemaliger Leipziger Schlachthof) sowie der Information zum Moderationsplatz des Wettermoderators führte dann der Weg an Teilbereichen wie Maske, Fundus, Kleinstudios, Regie und Büros zu einem Studio, wo gerade der Probelauf für die Sendung „Hier ab



Arzgebirg, wie bist Du schie!

Die Saigerhütte in Olbernhau/ Grünthal war unser Ziel, als wir uns am 10. Mai 2011, früh um 9.00 Uhr, auf dem Hauptbahnhof in Chemnitz trafen. 23 Kolleginnen und Kollegen im Alter zwischen 64 und 84 Jahren waren gekommen. Nicht alle sind noch so gut zu Fuß, dass sie über längere Strecken laufen können. Deswegen hatten wir für unsere „Behinderten“ Vorsorge getroffen.

Aber zuerst einmal sind wir mit der Erzgebirgsbahn von Chemnitz nach Olbernhau/Grünthal im Erzgebirge gefahren. Gleich hinter dem Bahnhof befindet sich das Museum Saigerhütte als technisches Zeugnis des Hüttenwesens der Buntmetallurgie im Erzgebirge. 1537 wurde hier zur Gewinnung von Silber aus silberhaltigem Schwarzkupfer ein Hüttenbetrieb gegründet, welcher außerdem zur Anreicherung des Kupfers und seiner weiteren Verarbeitung diente. Einst gehörten zum Komplex vier Hammerwerke und ein Walzwerk.

Mit Grünthaler Kupferblech wurden z. B. solche bedeutenden Bauten wie die Dresdener Frauenkirche, das Ulmer

Münster und der Stephansdom in Wien eingedeckt.

Wir bekamen die Arbeitsweise der Hüttenarbeiter erklärt und die riesigen mit Wasserkraft betriebenen Kupferhämmer vorgeführt. So haben wir einen weiteren Teil unseres Erzgebirges kennengelernt.



Foto: Peter Geserick

Gleich hinter dem Museumskomplex verläuft die Staatsgrenze zu Tschechien.

Sie kann über einen Fußgängerübergang überquert werden. Wir hatten mit dem Wirt einer Gaststätte in Brandov

über das Internet vereinbart, dass unsere gehbehinderten Kolleginnen und Kollegen vom Grenzübergang abgeholt und zur Gaststätte „klášterní jizba“ (Klosterstube – Internet: klášterníjizba.cz) gefahren werden. Wir, die noch „mobilen“ Kolleginnen und Kollegen, sind die Strecke von 2,4 Kilometer gelaufen. In der Gaststätte angekommen, bekam jeder sein schon vorher per Internet bestelltes Mittagessen und natürlich gutes böhmisches Bier serviert.

Nachmittags haben wir uns dann auf den Rückweg gemacht und sind mit der Erzgebirgsbahn zurück nach Chemnitz gefahren. Übereinstimmend war die Meinung: Es war sehr schön! So etwas machen wir bald mal wieder! Diese Tour können wir auch anderen Kolleginnen und Kollegen empfehlen. Einzelheiten wie Zugverbindungen, Telefonnummern, Eintrittspreise in das Museum und Internetadressen können über die Kreisgruppe Senioren der PD Chemnitz-Erzgebirge erfragt werden.

Lutz Schröder

Anzeige

Höchste Zeit für Ihren Urlaub

Buchen Sie jetzt Last Minute bequem von zu Hause aus unter www.psw-service.de oder kontaktieren Sie uns.

zum Beispiel: **2 Wochen | Bulgarien | Varna | Hotel Albatros***+**

lastminute

10.08. - 24.08.2011

- inkl. Flug ab/an Dresden
- Doppelzimmer
- Halbpension

548,- €

Preis p. P.:

Angebot vorbehaltlich Verfügbarkeit.

PSW
Reisen

PSW-Reisen

Wilhelm-Buck-Str. 2 - 01097 Dresden

Tel.: 0351-26050-81 oder -82 - info@gdp-reisen.de

www.psw-service.de



KREISGRUPPE CHEMNITZ-ERZGEBIRGE

Gedankenaustausch zum Diensthundewesen ...

... des Strafvollzugsdienstes der Tschechischen Republik und der Polizeien beider Länder.

Eine Delegation der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge besuchte am 12. und 13. Mai 2011 den Strafvollzugsdienst der Tschechischen Republik in Prag. Erste Kontakte der Polizeien beider Länder und des Strafvollzugsdienstes der Tschechischen Republik wurden bei der gemeinsamen Sprachfortbildung an der Höheren Polizeischule des Innenministeriums in Praha – Hrdlořezy geknüpft.

Ziel des Arbeitsbesuches war es, Anknüpfungspunkte für eine engere Zusammenarbeit zu finden. Nach der Arbeitsberatung besichtigten die deutschen Kollegen das Gefängnis Prag-Pankratz, das Haftkrankenhaus sowie die Gedenkstätte des tschechischen Strafvollzugsdienstes (sogenannte Prager Guillotine). Am zweiten Tag besuchten sie die Strafvollzugsanstalt Příbram. Hier wurden sie unter anderem mit der Arbeit des Dienst-

hundewesens des Strafvollzugsdienstes der Tschechischen Republik bekannt gemacht.

Resümee des Arbeitsbesuches

– Vorstellung und Erläuterung der Aufgaben des Strafvollzugsdienstes der Tschechischen Republik in den Vollzugsanstalten Prag-Pankratz und Příbram.



– Gespräche zu den aufgabenspezifischen Tätigkeiten der Diensthundeführer des Strafvollzugsdienstes verbunden mit einer Vorführung von Diensthunde-

führerinnen und -führern in der Strafvollzugsanstalt Příbram.

Während die Aus- und Fortbildung der Diensthundeführerinnen und -führer und der Diensthunde der deutschen und tschechischen Polizei sich sehr angeglichen haben, bestehen dennoch Unterschiede zur Aus- und Fortbildung im tschechischen Strafvollzugsdienst. Zum weiteren Kennenlernen und zur Verbesserung der Arbeit im Diensthundewesen wurden Einladungen zu den Leistungsvergleichen der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge, der Bezirksverwaltungen der Polizei der Tschechischen Republik - Ústí nad Labem sowie der Generaldirektion des tschechischen Strafvollzugsdienstes Prag ausgesprochen.

Auf Einladung der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge werden Vertreter des Strafvollzugsdienstes der Tschechischen Republik am 6. Wettkampf der Diensthundestaffeln um den Pokal des Polizeipräsidenten teilnehmen. **Christian Ott**

Anzeige





Kalendergewinnspiel 2012

Wir werden die Kalender-Aktion auch im Jahr 2012 weiterführen und einen Kalender mit Ihren schönsten Urlaubsfotos gestalten. Egal, ob Städtetour, Sommer- oder Winterurlaub. Knipsen Sie, was die Kamera her gibt oder senden Sie uns Fotos vom vergangenen Urlaub. Den Zwölf besten Fotografen winken auch diesmal wieder je ein **Reisegutschein im Wert von 100 EURO**.

Am Wettbewerb teilnehmen können:

- Fotos im Querformat,
- bei einer Mindestgröße von 300 x 210 mm,
- mit einer Auflösung von mind. 300 dpi
- und nur ein Foto pro Teilnehmer

Bitte senden Sie Ihr Foto bis **30.08.2011** per eMail an:
info@gdp-reisen.de



PSW Reisen

Wilhelm-Buck-Straße 2 Tel.: (0351) 26050-81/-82
01097 Dresden info@gdp-reisen.de

www.psw-service.de





Leistungsbezahlung in der Polizei

... in Sachsen

Den Beschäftigten der sächsischen Polizei ist in den letzten Wochen die Arbeitsleistung unterschiedlich anerkannt bzw. aberkannt worden. So ist im Dezember 2010 die Sonderzahlung für die Beamten ab dem Jahr 2011 einfach gestrichen worden. Andererseits wurden die Tarifergebnisse für die Arbeitnehmer zeit- und inhaltsgleich auch auf die Beamten übertragen, und für die Arbeitnehmer ist die Leistungsbezahlung nach § 18 TV-L gestrichen worden. Auch ansonsten ist es im Bereich der Leistungsbezahlung und deren Umsetzung ruhig. So gibt es zwar seit 1998 die Leistungsstufenverordnung (LStVO) und Leistungsprämienverordnung (LPVO), jedoch ist deren Umsetzung in der Praxis immer wieder strittig. Daran haben auch neue Gestaltungsmöglichkeiten zur Flexibilisierung der Vergabe von Leistungselementen in die LStVO und LPVO, die in der Verordnung zur Fortentwicklung der Leistungsbezahlung vom 10. Mai 2007 verabschiedet wurden, wie die angehobene Quote von jeweils 10 auf 15 von Hundert für die Vergabe von Leistungsprämien und Leistungsstufen oder das die Leistung eines Teams nur noch als eine einzige Vergabe bei der Quote angerechnet wird und das einschränkende sogenannte Halbzeitkriterium entfallen, nichts geändert. So haben Tarifbeschäftigte der Polizei im Jahr 2010 und nach bisherigen Erkenntnissen auch im Jahr 2011 keine Aussicht auf die Zahlung von Leistungsprämien. Eine Umsetzung der Leistungsstufenverordnung für Tarifbeschäftigte und Beamte im Bereich der Polizei ist seit Jahren nicht erfolgt, umso mehr sind Streichungen in der allgemeinen Besoldung und Vergütung unverständlich. Die letzte Meldung im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2011/2012 lautet: Wir prüfen die Anhebung von Erschwerniszulagen ab dem Jahr 2011 (z. B. für Dienst zu ungünstigen Zeiten und SEK-Zulage) und stellen dafür Geld zur Verfügung. Es wäre ein erster richtiger Schritt, aber kein Ersatz für die Streichungen und vorgenommenen Kürzungen (z. B. Streichung der Polizeizulage für die Berechnung des Ruhegehaltes). Wir bleiben am Ball und setzen uns auch in Zukunft für die Anerkennung von Leistung ein.

Torsten Scheller

... in Sachsen-Anhalt

Am 1. Januar 2007 ist der Tarifvertrag über die Leistungsbezahlung im Bund in Kraft getreten. Die Leistungsfeststellung soll jährlich durch die jeweilige Führungskraft erfolgen. Das Leistungsentgelt wird als Leistungsprämie oder Leistungszulage ausgezahlt. Die Leistungsprämie ist eine einmalige Zahlung. Klingt fast wie die lang vermisste Jahressonderzahlung. Die Leistungszulage ist eine zeitlich befristete, widerrufliche, in der Regel monatlich wiederkehrende Zahlung. In Sachsen-Anhalt hat sich allerdings noch nichts getan und es sind auch keine Ansätze bekannt. Im Bund sieht es da schon anders aus. Das BMI startete ein Projekt für die Tarifbeschäftigten des Bundes. Das Leistungsentgelt soll nach dem Willen der Tarifvertragsparteien eine variable und leistungsorientierte Bezahlung zusätzlich zum Tabellenentgelt sein. Also können die Leistungsträger mehr Geld erhalten, wenn sie vorher etwas eingezahlt haben. Die Höhe des individuellen Leistungsentgeltes der/des Beschäftigten ergibt sich aus dem durch Dienstvereinbarung festzulegenden Schlüssel, der das Ergebnis der individuellen Leistungsfeststellung der/des Beschäftigten mit der Höhe des jeweils zur Verfügung stehenden Gesamtvolumens verknüpft. Die Tarifbeschäftigten haben sozusagen seit 2007 monatlich jeweils 1 v. H. in das Leistungsentgelt einbezahlt. Daraus ergab sich ein jährliches Gesamtvolumen von 12 v. H. Pauschal ausgezahlt wurden davon 6 v. H. Somit wurde in den letzten Jahren ein erhebliches Gesamtvolumen angespart aber nicht zur Auszahlung gebracht.

Der Tarifvertrag über das Leistungsentgelt für die Tarifbeschäftigten des Bundes (LeistungsTV-Bund) wird auch TV-LOB genannt. Nach Schaffung der rechtlichen Grundlagen in den Behörden und Abschluss der ersten Leistungszeiträume sind die erforderlichen Voraussetzungen gegeben, um erste Erfahrungen mit dem neu eingeführten Instrument zu beschreiben. Es gab einige Evaluierungen und Befragungen von externen Firmen. Ob sich das Instrument bewährt, wird sich zeigen.

Is.

... in Thüringen

Eine Umsetzung der Leistungsstufenverordnung für Tarifbeschäftigte und Beamte im Bereich der Thüringer Polizei ist seit Jahren nicht umgesetzt worden, umso mehr sind Streichungen in der allgemeinen Besoldung und Vergütung eingetreten. Thüringen nutzte wieder einmal nicht die eröffneten Möglichkeiten und hat sich dem Thema der Leistungsanreize fast vollständig verweigert. Diese ermöglichen dem Dienstherrn, zeitnah besondere Leistungen eines Beamten oder Teams anzuerkennen, dadurch das Einkommen unmittelbar zu steigern und die Besoldung insgesamt attraktiver und flexibler zu gestalten. Jedoch kann man nur jemandem etwas zusätzlich geben, wenn man es zuvor jemandem wegnimmt. Dies ist für die Kollegen keine Motivation und steigert nicht die Eigenverantwortung der Beamtinnen und Beamten. Mit der Eigenverantwortung in der Polizei ist es auch so eine Sache. Schließlich haben wir es in aller Regel mit Teamarbeit zu tun, die sich bezogen auf die erbrachte Einzelleistung im Gesamtergebnis immer schwierig abrechnen lässt. Eigentlich könnte man die Beförderungsmöglichkeiten im Beamtenbereich schon als eine Leistungsbezahlung ansehen, wenn die Beamten tatsächlich auch nach ihrer Leistung den Zugang zu einem Dienstposten erhalten haben, der ihnen die Beförderung ermöglicht. Leider haben wir in Thüringen aber ein krasses Ungleichgewicht zwischen den polizeilich entwickelten Dienstpostenbewertungen und den tatsächlich vorhandenen Haushaltsstellen, ohne die Beförderungen nun einmal nicht möglich sind.

Mit dem Tarifvertrag für die Länder aus den Jahren 2009/2010 wurden sogar die Regelungen zur Leistungsbezahlung im Tarifrecht abgeschafft und das Volumen in die Grundgehaltstabelle für alle Besoldungsgruppen in gleicher Höhe eingebaut.

Sowohl die Personalräte als auch die Berufsvertretungen tun sich schwer mit der Leistungsbezahlung, weil die zurückliegenden Ungerechtigkeiten ausreichend Raum für die Sorge lassen, dass nicht wirklich die Leistung des Beamten bezahlt wird, sondern zu oft nur das Ansehen beim Vorgesetzten. **(mp)**

